

II- 350 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XII. Gesetzgebungsperiode

Wien, 17. Juli 1970

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

Zl. 1663-Pr.2/70

66 1AB
18

Bef. an

An die

Kanzlei des Präsidenten
des NationalratesParlament
W i e n , 1.

Mit Bezug auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Ge-
nossen vom 20. Mai 1970, Nr. 18/J, betr. Weiterarbeit der Kommiss-
ion zur Reform des Familienlastenausgleiches, beehre ich mich
mitzuteilen:

Die Familienpolitische Kommission wurde ausschließlich zu dem
Zweck errichtet, den Bundesminister für Finanzen bei der Prü-
fung und Erstellung von Vorschlägen an den Nationalrat über die
Steigerung der Einnahmen für den Familienlastenausgleich unter
Berücksichtigung der Finanzkraft der verschiedenen Gruppen der
Bevölkerung gemäß der Entschließung des Nationalrates vom 24.10.
1967 (E 84-NR) zu beraten.

Die Familienpolitische Kommission beim Bundesministerium für Finan-
zen hielt bisher insgesamt drei Sitzungen, und zwar am 25. März
und 19. Juli 1968 und am 18. Feb. 1969, ab. Die bisher vorliegenden
Stellungnahmen lassen erkennen, daß eine Übereinstimmung der An-
sichten der Kommissionsmitglieder derzeit nicht erzielt werden
kann. Ferner hat der Familienpolitische Beirat beim Bundeskanz-
leramt in seiner Sitzung vom 29. Juni 1970 beschlossen, einen
Unterausschuß zu bilden, der die Möglichkeiten einer Änderung
des Systems der Familienbeihilfe bis zum Herbst 1970 beraten soll.
Diesen Arbeiten, die allenfalls auch die Einnahmen des Ausgleichs-
fonds für Familienbeihilfen berühren werden, sollte nicht vor-
gegriffen werden.

Im Hinblick auf diesen Sachverhalt wäre es gegenwärtig unzweck-
mäßig, den in Gang befindlichen grundsätzlichen Beratungen über
Änderungen des Beihilfensystems im Familienpolitischen Beirat
bzw. in dessen Unterkommission vorzugreifen und die Arbeiten in
der Familienpolitischen Kommission weiterzuführen.

Obwohl die Kommissionsarbeit bis jetzt realisierbare Ergebnisse nicht gezeitigt hat, schließe ich die Möglichkeit nicht aus, die Familienpolitische Kommission zu gegebener Zeit zur Weiterarbeit einzuladen.

Friedrich